



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid**

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, [REDACTED]  
[REDACTED]

---

Lüdenscheid, 27. August 2024

Stadt Lüdenscheid  
Bürgermeister Sebastian Wagemeyer  
Rathausplatz 2

**58507 Lüdenscheid**

Per E-Mail: [buergemeister@luedenscheid.de](mailto:buergemeister@luedenscheid.de)

**Anfrage für den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 2. September 2024**

**Wasserstoff – Energieversorgung – E-Mobilität – Datenautobahn – neue Branchen und Technologien: Wie fit ist Lüdenscheid für die Transformation?**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
lieber Sebastian,

Lüdenscheid ist das Zuhause für viele Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe. Dies hat eine lange Tradition. Schon bevor das Ruhrgebiet industrialisiert wurde, standen hier in den Tälern an Bächen und Flüssen Schmieden, die Metallverarbeitung wird hier seit vielen Jahrhunderten ausgeübt. Expertinnen und Experten zufolge befinden wir uns mitten in der vierten industriellen Revolution. Die Vernetzung von Maschine und Mensch über die Betriebsstätten hinaus ist hierfür ein besonderes Merkmal, aber auch der Einsatz von sogenannter künstlicher Intelligenz soll ein Zeugnis dieser Zeit sein. Gleichzeitig erleben wir einen großen Wandel in der Automobilindustrie mit erheblichen Folgen für das Autoland Deutschland und damit auch für die Automobilzulieferer-Region Märkischer Kreis. Eine Vielzahl heimischer Betriebe liefert Teile für den Verbrennungsmotor, der ab 2035 nach aktuellem Stand in Europa nicht mehr in einem für Europa zugelassenen Personenkraftwagen verbaut werden darf. Gleichzeitig gehen Fachleute davon aus, dass das Volumen an Autos, die in Deutschland und Europa in Zukunft gefertigt werden, nicht mehr die Ausmaße der Vor-Corona-Zeit erreichen wird. Für Autos, die in Asien oder Amerika hergestellt werden, verlangen die Hersteller schon lange, dass die Zulieferteile zunehmend aus der eigenen Region kommen. Es ist also davon auszugehen, dass die heimischen Unternehmen in der Automobilbranche weniger zu tun haben werden mit erheblichen Gefahren für die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

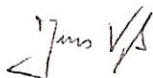
Insbesondere energieintensive Industrieunternehmen haben große Herausforderungen. Dazu gehört die notwendige Umstellung der Produktpalette und vor allem die Sicherung der Energieversorgung. Woher kommt der Strom, der 2035 oder 2045 benötigt wird? Wie kann das Unternehmen von Gas auf einen anderen Energieträger umsteigen, um auch Richtung

CO2-Neutralität gehen zu können? Werden wir hierfür genügend sogenannten grünen Wasserstoff zur Verfügung haben in der Region oder wird man komplett auf elektrische Energie umsteigen müssen? Genügen hierfür die Kapazitäten des heimischen Energienetzes?

Es gibt also viel zu tun. Unbestrittenes gemeinsames Ziel ist es, unsere DNA – Industrieregion im Grünen – auch für die kommenden Generationen zu erhalten und im besten Falle auszubauen. Im Sommer hat der Kreistag die Kreisverwaltung beauftragt, eine Wasserstoff-Strategie für unsere Region zu entwickeln. Hier müsste auch die Stadt Lüdenscheid einbezogen werden. Ergänzend zu diesem Vorhaben möchten wir in Erfahrung bringen, welche Überlegungen die Verwaltung in den folgenden Punkten anstellt beziehungsweise wie die Verwaltung auf die geschilderten Sachverhalte blickt:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Herausforderungen für die heimische Automobilzulieferindustrie im Kontext zu den vorangestellten Beobachtungen? Welche Anstrengungen sollten Politik, Verwaltung und Wirtschaftsförderung unternehmen, um insbesondere KMU dabei zu unterstützen, sich für andere Branchen zu öffnen – insbesondere dort, wo keine eigene Forschung und Entwicklung vorhanden ist oder weit über 90 Prozent der produzierten Güter für die Autobranche gefertigt werden? Wo gelingt dies bereits gut?
2. In anderen Regionen Deutschlands werden neue Industrien und Technologien angesiedelt oder der Strukturwandel (Braunkohlereviere) mit erheblichen Förderprogrammen unterstützt. Hält die Stadtverwaltung ähnliche Programme zur Unterstützung unseres Strukturwandels für notwendig? Wird dies eine Rolle für die Errichtung neuer Gewerbegebiete spielen oder auch bei der Vermarktung von Industriebrachen?
3. Ist der Verwaltung bekannt, wie sich der Strombedarf, der durch den Wechsel von Gasversorgung auf Energieversorgung in Fertigungsprozessen steigen könnte, in den kommenden Jahren entwickeln wird? Ist die Energieversorgung (bezogen sowohl auf die Netzinfrastruktur als auch auf die vorhandene Strommenge) insbesondere im Volme- und Lennetal ausreichend für die notwendige Umrüstung? Sollte man gemeinsam mit Städten, Gemeinden und kommunalen Energieversorgern hier verstärkt für die Absicherung der Energiesicherheit selbst als Akteur eintreten? Die Iserlohner Stadtwerke haben hier gemeinsam mit der Firma Risse und Wilke vor kurzem ein Projekt vorgestellt, das die Sicherheit bei der Energieversorgung unterstützen soll. Das Unternehmen sowie die Stadtwerke errichten gemeinsam in der Nähe der Fabrik Photovoltaik-Anlagen. Wäre das auch für die Lüdenscheider Stadtwerke beziehungsweise die Enervie ein zu bearbeitendes Zukunftsfeld, hier gemeinsam mit den Unternehmen Energiesicherheit herzustellen? Wie wird die Stadtverwaltung hierzu in den Mitbestimmungsorganen von Enervie und Stadtwerken agieren?
4. Ist der Stadt Lüdenscheid bekannt, in welcher Form private und öffentliche Akteure derzeit planen, dezentrale Strukturen für die Wasserstoffversorgung zu organisieren? Ist der Verwaltung bekannt, wann Lüdenscheid an eine mögliche zentrale Versorgung mit Wasserstoff durch Pipelines angebunden sein könnte?

Mit freundlichen Grüßen



(SPD-Fraktionsvorsitzender)

gez. **Fabian Ferber**

(SPD-Ratsherr)